

Kurzmeldungen

Bei einer Schießerei zwischen Regierungssoldaten und der Neuen Volksarmee (NPA) sind am 25. Oktober in der Provinz Bulacan **fünf Menschen getötet** worden. Nach Polizeiangaben starben drei NPA-Kämpfer, ein Soldat und ein Zivilist. Sechs Rebellen konnten fliehen. (AP, 25.10.94)

Drei Tage vor dem Besuch von US-Präsident Bill Clinton haben die Behörden wieder einmal die **Straßen der Hauptstadt Manila von Straßenkindern und Bettlern "gesäubert"**. Wieviele Kinder und Bettler festgenommen oder in Heime eingewiesen wurden, war nicht bekannt. Menschenrechtsorganisationen kritisierten das Vorgehen als "heuchlerisch und unmenschlich". Auf den Straßen Manilas leben schätzungsweise 100.000 Kinder. (UCA, 17.11.94)

Die japanische Regierung hat den Philippinen einen **Kredit in Höhe von etwa DM 1,74 Mrd.** zum Ausbau der Energiewirtschaft zugesagt. Mit dem Geld sollen der Bau von fünf geothermischen Kraftwerken und eines Kohlekraftwerks sowie Umweltschutzmaßnahmen finanziert werden, teilte das Außenministerium in Manila mit. Aus Japan erhalten die Philippinen mit Abstand die meiste Entwicklungshilfe. (AP, 7.11.94)

Für Zinsen und Tilgung der **Auslandsschulden** bezahlen die Philippinen im kommenden Jahr **je Einwohner 1683 Pesos** (DM 104). Das sind 233 Pesos weniger als im laufenden Jahr, aber 40 Pesos mehr pro Kopf als die Ausgaben der Regierung für Sozialleistungen 1995. (Contak, Juli-Sept. 1994)

Die philippinische Regierung entsendet **50 Polizisten nach Haiti**, wo sie die internationale Polizeitruppe unterstützen sollen. Präsident Ramos erklärte, die Polizisten sollten in Haiti die Bemühungen um Frieden und Demokratie unterstützen. (dpa 10.10.94)

Friedensgespräche gescheitert

Die philippinische Regierung und die linksgerichtete Dachorganisation Nationale Demokratische Front (NDF) haben ihre Friedensgespräche in den Niederlanden Mitte Oktober abgebrochen. Die Gespräche hatten die Aufnahme formaler Friedensverhandlungen auf philippinischem Boden zum Ziel. Die Forderung nach umfangreichen Sicherheitsgarantien für die NDF bei einem solchen Treffen war der Auslöser für den Abbruch der niederländischen Gespräche. Die NDF hatte verlangt, für die Dauer von Friedensverhandlungen selbst Passierscheine für Regierungsvertreter aus-

stellen zu dürfen. Die Regierungsdelegation lehnte diese Forderung als unannehmbar zurück, da sie dem Eingeständnis gleichkäme, daß es auf den Philippinen einen Staat im Staat gibt.

Die Regierung in Manila spielte das Scheitern der Vorbereitungsgespräche herunter. Es sei falsch, von einem "Kollaps" der Verhandlungen zu sprechen. Vielmehr sei man übereingekommen, die Gespräche wiederaufzunehmen, wenn auch ohne Vereinbarung eines konkreten Datums, hieß es in Manila. Zugleich appellierte die Regierung an die NDF, an den Verhandlungs-

tisch zurückzukehren. Am 10. November kündigte Manila neue Vorschläge an, um die Gespräche wieder in Gang zu bringen. Die philippinischen Kirchen riefen beide Seiten in einem gemeinsamen Appell auf, die Gespräche fortzusetzen.

Die NDF erklärte nach dem Abbruch der Gespräche, sie rechne nun mit verstärkten Angriffen der Armee, sei aber für eine solche Offensive gerüstet. Die Armee kündigte ihrerseits an, die Operationen gegen die Rebellen würden fortgesetzt. Schätzungen zufolge zählt die Neue Volksarmee (NPA) heute noch etwa 2500 bewaffnete Mitglieder.

vgl. MC, 14.10.; IPS, 18.10.; UCA, 20.10.; Reuters, 10.11.; FEER, 10.11.94

Escalante-Massaker: Drei Verurteilungen

Neun Jahre nach dem Massaker an Demonstranten in Escalante auf Negros sind jetzt drei Polizisten zu mehrfach lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Sie gehörten zu insgesamt 46 angeklagten Polizisten, von denen 26 freigesprochen wurden, darunter der verantwortliche Einsatzleiter. Bischof Antonio Fortich von Bacolod, der in den vergangenen neun Jahren immer wieder Proteste gegen das Escalante-Massaker angeführt hatte, nannte die Verurteilung der drei Polizisten "besser als nichts".

Am 20. September 1985 waren bei einer friedlichen Kundgebung zum 13. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts zwanzig Menschen erschossen worden. Das Massaker gilt als das blutigste unter der 20jährigen Marcos-Diktatur. Die drei angeklagten Polizisten im Alter von 35, 45, und 50 Jahren wurden wegen Massenmordes zu insgesamt 16 mal Lebenslang und weiteren 260 Jahren Haft verurteilt, die sich nach dem neuen Strafrecht jedoch auf maximal 40 Jahre reduzieren, außerdem zu Entschädigungszahlungen an die Hinterbliebenen der Opfer in Höhe von 1,3 Mio. Pesos. Haftbefehle gegen 16 weitere Beteiligte wurden noch nicht vollstreckt.

vgl. PDI, 4.10.94

Imelda bietet Opfern Kleingeld

Imelda Marcos hat den, wie sie es ausdrückte, "sogenannten Opfern von Menschenrechtsverletzungen" während der 20jährigen Diktatur ihres verstorbenen Mannes Ferdinand Marcos insgesamt 30 Mio. Dollar Entschädigung angeboten, "nicht aus Schuldgefühlen, sondern aus Mitleid und gutem Willen". Nach Angaben von Frau Marcos wies der Anwalt der Geschädigten dieses Angebot jedoch zurück.

Ein US-Gericht hatte Imelda Marcos Mitte des Jahres zur Zahlung von 1,2 Milliarden Dollar an etwa 10.000 von Sicherheitskräften ihre Mannes verfolgte oder ermordete Oppositionelle beziehungsweise deren Hinterbliebene verurteilt. Imelda Marcos hat

gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Um einen jahrelangen Rechtsstreit zu vermeiden, schlug das US-Gericht einen außergerichtlichen Vergleich in Höhe von 100 Millionen Dollar vor. Einer solchen Lösung hat der Anwalt der Opfer bereits zugestimmt.

Unterdessen hat die philippinische Staatsanwaltschaft gefordert, Imelda Marcos zu inhaftieren, um zu verhindern, daß sie das Land verläßt. Frau Marcos war von einem Gericht zu 18 Jahren Gefängnis wegen Korruption verurteilt worden. Sie legte jedoch Berufung ein und wurde für die Dauer des Berufungsverfahrens gegen eine Kaution von 1800 Dollar auf freien Fuß gesetzt.

vgl. AP, Reuters, 26.10., 17.11.94

Keine Tantiemen für philippinischen Forscher

Der Entdecker des Antibiotikums Erythromycin ist ein philippinischer Wissenschaftler, den Milliardenprofit daran aber streicht der US-Pharmakonzern Eli Lilly Co. ein, ohne an Abelardo Aguilar Tantiemen zu bezahlen. Aguilar, der inzwischen starb, entdeckte den Wirkstoff vor über 40 Jahren. Jetzt haben seine Erben von Eli Lilly eine Entschädigung in Höhe von 500 Millionen Dollar gefordert, die einer Stiftung für ländliche Gesundheitsfürsorge zukommen soll.

Aguilar hatte das Antibiotikum 1948 entdeckt, während er auch als Pharma-Repräsentant für Eli Lilly arbeitete. Er hatte zwar von Eli Lilly Tantiemen verlangt, ihm fehlte jedoch das Geld für einen Prozeß gegen den Konzern. Der neu aufgekommene Fall Aguilar bestärkt in den Philippinen auch die Gegner des Welthandelsabkommens GATT. Er sei ein klassisches Beispiel dafür, was bald vielfach geschehen könne, wenn bestimmte GATT-Klauseln über geistiges Eigentum und Patentrechte nicht geändert würden.

vgl. IPS, 9.11.94

Clinton auf Stippvisite

Auf seinem Weg zum APEC-Gipfel hat US-Präsident Bill Clinton am 13. November einen 24stündigen Zwischenstopp in den Philippinen eingelegt. Es war der erste Besuch eines US-Präsidenten seit 19 Jahren. Clinton wurde von 500 Demonstranten empfangen, die ihm "Ami go home" und "Nein zu neuen US-Stützpunkten" entgegenriefen und amerikanische Fahnen verbrannten. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein.

In seinen Gesprächen mit Präsident Fidel Ramos betonten beide Seiten die "neuen und reiferen Beziehungen" zwischen den USA und den Philippinen, die "mehr aus Handel als aus Hilfe" bestünden. Ramos legte mit Blick auf Investoren aus den USA großen Wert auf die Versicherung, daß in den Philippi-

nen Wachstum und Stabilität gesichert seien. Clinton bemühte sich merklich um ein Klima der Sympathie während seines Besuchs. Er sicherte den Philippinen Unterstützung in der Untersuchung des Giftmülls zu, den die US-Truppen beim Abzug von ihren Stützpunkten zurückgelassen haben sollen. Außerdem versprach der US-Präsident, sich für das Wohl der vielen tausend Kinder von US-Soldaten einzusetzen, die von ihren Vätern im Stich gelassen wurden.

Auf der Insel Corregidor in der Bucht von Manila gedachte Clinton gemeinsam mit Ramos und zahlreichen Veteranen der amerikanischen und philippinischen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg während der japanischen Besetzung gefallen waren. In den Philippinen starben etwa eine Million Menschen im Krieg.

vgl. Reuter 11., 13.11.94

50 Jahre danach: Die Amerikaner landeten wieder

Unter ohrenbetäubendem Kanonendonner haben Tausende von philippinischen und amerikanischen Soldaten sowie Schauspielern unter dem Kommando von Ken Metcalfe als General Douglas MacArthur am 20. Oktober die Landung der US-Truppen auf der philippinischen Insel Leyte 50 Jahre zuvor dramatisch nachgestellt. Metcalfe straukelte beim Versuch, wie MacArthur vor 50 Jahren vom Landungsboot zu springen, watete aber an Land und wiederholte am Strand jene berühmten Worte MacArthurs: "Ich bin zurückgekommen."

An der Feier nahmen neben dem philippinischen Präsidenten Fidel Ramos, US-Verteidigungsminister William Perry und US-Generalstabschef

John Shaikashvili Hunderte von philippinischen, amerikanischen und australischen Veteranen des Zweiten Weltkriegs teil, außerdem der japanische Botschafter. Amerikanische, australische, französische und thailändische Kriegsschiffe kreuzten im Golf von Leyte. Als Zeichen der Versöhnung wehte an der Gedenkstätte in Palo neben den Flaggen der Alliierten auch die japanische Fahne. Bei der Landung und der nachfolgenden Schlacht zu Lande und zu Wasser, die von der Größenordnung und Bedeutung mit der Landung der Alliierten in der Normandie verglichen wird, hatte es vor 50 Jahren mehr als 70.000 Tote gegeben.

vgl. AP, Reuter, 20.11.94

Falsche Athleten in Japan

Getarnt als Volleyballteam für die Asiatischen Spiele in Hiroshima hat eine Gruppe von 56 philippinischen Frauen und Männern versucht, illegal nach Japan einzureisen. Einem japanischen Zollbeamten fiel in letzter Minute auf, daß die Filipinos nicht die erforderliche Körpergröße für Volleyballspieler hatten. Er ließ die Gruppe festnehmen und

schließlich nach Manila abschieben. Die falschen Athleten hatten eigens angefertigte Spieleruniformen, Flaggen und falsche Pässe. Die Regierung untersucht nun, wer Drahtzieher dieses gut organisierten Betrugs war. Präsident Fidel Ramos sagte, der Vorfall sei eine Schande für das ganze Land.

vgl. Reuter, 5.10.94

Philippinische Gastarbeiter im Ausland

Weil in jüngster Zeit immer wieder Fälle von menschenunwürdiger Behandlung philippinischer Gastarbeiter im Ausland bekannt wurden, ist in den Philippinen eine Debatte darüber entbrannt, wie die etwa drei Millionen Gastarbeiter im Ausland besser geschützt werden können. Das Einkommen dieser Gastarbeiter ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zwischen 1989 und 1993 überwiesen die im Ausland beschäftigten philippinischen Frauen und Männer nach Regierungsangaben insgesamt 8,09 Milliarden Dollar in die Heimat; das waren vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Das meiste Geld kam aus den USA, Saudi-Arabien, Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik. Doch dieses Geld ist oft unter unwürdigen Bedingungen verdient, vor allem in den Golfmonarchien Kuwait und Saudi-Arabien.

Als Reaktion auf die Mißstände drängt die philippinische Regierung darauf, daß alle Staaten die UN-Konvention zum Schutz von Gastarbeitern aus dem Jahre 1990 unterzeichnen. In vielen Ländern hätten Gastarbeiter keinerlei Rechte und würden wie Sklaven behandelt, sagte der philippinische Außenminister Roberto Romulo Anfang Oktober vor der UN-Vollversammlung. Romulo schlug nach dem Muster des Rio-Umweltgipfels und der Kairoer Bevölkerungskonferenz eine internationale Konferenz über Wanderungsbewegungen vor.

In Manila forderte unterdessen der Kongreßabgeordnete Tomas Concepcion, daß für die Dauer von sechs Monaten kein einziger Filipino als Gastarbeiter ins Ausland gehen dürfe. In dieser Zeit müsse die Regierung neue und strenge Richtlinien erarbeiten. Es sollten nur noch Männer ins Ausland geschickt werden, die eine Berufsausbildung haben. Auch der konservative Senator Blas Ople forderte, keine Gastarbeiter mehr ins Ausland zu lassen, allerdings sprach er sich für einen allmählichen Ausstieg über einen Zeitraum von zehn Jahren aus.

vgl. Manila Times, 15.10.; Reuter, 5., 21.10.; IPS, 6., 7.10.; UCA, 13.10. 14.11.; UCAN, 23.9.94

Kurzmeldungen

Stadtguerillas der "Alex Boncayao Brigade" in Manila überfielen mehrere Polizisten und fesselten sie am helllichten Tag an Laternen oder Straßenschilder. Den Beamten wurden Schilder mit dem Text "Ich will nicht mehr korrupt sein" umgehängt. Ein Polizist, der sich wehrte, wurde durch mehrere Schüsse verletzt. In jüngster Zeit wurden von den kommunistischen Rebellen zudem mehrere Polizisten und höhere Polizeioffiziere erschossen, die als korrupt galten. (dpa 27.10.94)

Eine neue, besonders **ertragreiche Reissorte** hat das International Rice Research Institute (IRRI) in Manila entwickelt. Der "Superreis" bringe 25 Prozent mehr Ertrag. Die Weltgetreideproduktion könne um 100 Millionen Tonnen im Jahr gesteigert werden, wenn der Reis in fünf Jahren auf den Markt kommt, berechneten Wissenschaftler. (dpa, Reuter, 24.10.; IPS, 25.10.94)

Durch Bestechung haben sich fünf **Ausländer**, die wegen Drogenhandels oder Geiselnahmen zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren, aus philippinischen Gefängnissen **freigekauft**. Drei Europäer, ein Japaner und ein US-Bürger erkaufte sich in den Jahren 1988 bis 1993 den Weg in die Freiheit, teilte Senator Ernesto Maceda im Oktober mit. Die gezahlten Schmiergelder lagen zwischen DM 32.000 und DM 130.000. (AFP, 18.11.94)

Zwei Jahre nach dem Abzug der Amerikaner von ihrem **Marinestützpunkt Subic Bay** sind **86 Unternehmen** auf dem ehemaligen Basengelände angesiedelt, das nach dem Willen der örtlichen Behörden zu einem Freihafen nach dem Vorbild Hongkongs werden soll. Unternehmen, die sich auf dem 17.000 Hektar Gelände niederlassen, bezahlen fünf Prozent Umsatzsteuer und haben völlige Freiheit beim Kapitaltransfer. (FAZ 12.11.; dpa 16.11.94)

Kurzmeldungen

Die United Church of Christ in the Philippines (UCCP) hat die japanische Regierung aufgefordert, nicht länger Vorzeigeprojekte wie die umstrittene Hafenerweiterung von Batangas in Südluzon zu fördern, sondern Entwicklungshilfegelder in Schulen und die medizinische Versorgung der Armen zu stecken. Sie brächten nicht Entwicklung, sondern Umweltzerstörung, Gewalt, Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen. (PDI, 23.10.94)

Nach einer Studie der Philippine Alliance of Human Rights Advocates (PAHRA) ist das ehrgeizige Industrialisierungsprogramm **Philippines 2000** "Anti-Menschenrechte, Anti-Arme, Anti-Umwelt und Anti-Überbevölkerung". PAHRA bezeichnet es als "das **Kriegsrecht der heutigen Zeit**". Zur Umsetzung des Programms würden Methoden verwendet wie in den Jahren des Kriegsrechts unter Diktator Ferdinand Marcos. (UCA, 26.9.94)

Die deutsche Bundesregierung hat den Philippinen **DM 79 Mio. Entwicklungshilfe** zugesagt. 30 Mio. davon sind Kredite, 49 Mio. müssen nicht zurückgezahlt werden. Das BMZ bezuschusst mit dem Geld vor allem die Verbesserung der Trinkwasserversorgung in ländlichen Gebieten, Familienplanungsprogramme und medizinische Betreuung, die Förderung von kleinen und mittleren industriellen Betrieben sowie Infrastrukturvorhaben. Außerdem wurde Geld zur Verfügung gestellt, um ein Krankenversicherungskonzept nach deutschem Vorbild auszuarbeiten. (dpa 9.11.94)

Schwere Unwetter

Die Philippinen sind im Oktober und November wie jedes Jahr von verheerenden Taifunen, aber auch von einem schweren Erdbeben und von neuen Schlammlawinen am Vulkan Pinatubo heimgesucht worden. Mindestens 74 Menschen starben am 15. Oktober auf der Insel Mindoro infolge eines Erdbebens der Stärke 7,1 und nachfolgenden Flutwellen. Unter den Opfern waren viele Kinder. Tausende Häuser wurden weggespült, insgesamt waren 200.000 Menschen von der Naturkata-

strophe betroffen. Es entstand ein Sachschaden von mehreren Millionen Dollar.

Durch heftige Regenfälle lösten sich von den Hängen des Pinatubo erneut Schlammlawinen. Etwa 600 Menschen mußten ihre Häuser verlassen. Bereits am 23.9. hatten sich nach Regenfällen riesige Schlammlawinen den Vulkan hinabgewälzt und Dörfer unter sich begraben. 23 Menschen kamen ums Leben, Tausende flohen aus ihren Dörfern. Die Bevölkerung fordert immer vehementer Taten von der Re-

gierung. In der 100.000-Einwohner-Stadt San Fernando demonstrierten Mitte November 40.000 Menschen für den Bau eines Damms, der ihre Stadt künftig vor Schlammlawinen schützen würde. Ein solcher Damm aber würde benachbarte Orte nur noch stärker den Lawinen aussetzen. Nach Ansicht von Experten lagert auf den Hängen des Pinatubo noch eine solch große Menge Asche, daß es bis zur Jahrtausendwende immer wieder zu ähnlichen Katastrophen kommen wird.

vgl. Reuter, dpa, AFP, 17.11., 23.10., 23. und 26.9.94

Gentests von Tribals abgelehnt

Wirtschaftsexperten und Menschenrechtler haben sich gegen Pläne internationaler Konzerne ausgesprochen, das Erbgut von philippinischen Ureinwohnern zu untersuchen, um daraus möglicherweise Heilmittel für verschiedene Krankheiten zu gewinnen. Die medizinische Wissenschaft hält es für möglich, daß Ureinwohnerstämme in aller Welt im Erbgut die Immunität gegen verschiedene Krankheiten tragen. Aus einer Untersuchung ihrer Gene könnten daher Impfstoffe und Medikamente

gegen diese Krankheiten entwickelt werden.

Das philippinische Zentrum für alternative Entwicklungsinitiativen (CADI), das sich mit den Auswirkungen von Wissenschaft und Technik auf die Filipinos befaßt, warnte, sollten solche Tests vorgenommen werden und zu Ergebnissen führen, so hätten die jeweiligen Wissenschaftler oder Unternehmen die Rechte an den Erkenntnissen. Die Ureinwohner selbst würden davon in keiner Weise profitieren. Im Rahmen des GATT-

Welthandelsabkommens könnte ein Unternehmen sich sogar das Erbgut eines Stammes zur weiteren Nutzung patentieren lassen. außerdem verstoße eine Erbgutuntersuchung gegen die Menschenwürde der Ureinwohner. Auch die Menschenrechtskommission der Regierung hat sich gegen derartige Forschungsprojekte ausgesprochen. Die Aetas in Zambales haben bereits ein entsprechendes Ansinnen des Pharmakonzerns Hoffman-La Roche zurückgewiesen.

vgl. UCA, 3.11.94

- Anzeige -

Viele Tote bei Kämpfen im Süden

Die Kämpfe zwischen muslimischen Separatisten und Regierungstruppen im Süden der Philippinen sind in den vergangenen Wochen wieder heftiger geworden: Mehr als 50 Menschen wurden getötet, darunter zahlreiche Zivilisten. So wurden am 30. Oktober auf Basilan sieben Rebellen der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) bei einem dreistündigen Feuergefecht getötet. Ebenfalls bei Gefechten zwischen MILF und Armee wurden zwischen dem 16. und 19. Oktober auf Mindanao mindestens 33 Menschen getötet, darunter elf Zivilisten.

vgl. dpa, 30.10., 20.10., 6.10.; Reuter, 19.10., 15.10., 7.10.94

Erstes Kondom-Café nach einem Tag geschlossen

In Manila hat im Oktober das erste "Condom-Café" eröffnet - für nur einen Tag. Dann

schlossen die Behörden das zur Aids-Aufklärung eingerichtete Lokal wieder, da es ein öffentliches Ärgernis sei. Kondome zierten Poster, Platzdecken und Speisekarten, die Speisen hatten Namen wie "Foreplay" und "Wet Dreams", und bei einer Rechnung von mindestens acht Dollar gab es als Draufgabe ein Kondom-Schlüsselkettchen. Betreiber des Cafés war die "Reachout Aids Education Foundation". Kirchengruppen und Anwohner hatten gegen das Café protestiert. Nun soll ein Gericht entscheiden, ob das Lokal in einen privaten Club umgewandelt werden soll.

vgl. UCA, IPS, 17.10.94

philippinen forum



Die Philippinen-Zeitschrift

Nachrichten, Berichte, Hintergründe zu Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und den europäisch-philippinischen Beziehungen.

Schwerpunkthemen:

Juni '93: Menschenrechte
Sept. '93: Solidaritätsarbeit
Dez. '93: Religion und Kirchen
März '94: Industrielle Entwicklung
Juni '94: Nicht-Regierungsorganisationen
Sept. '94: Verschuldung
Dez. '94: Familie

erscheint vierteljährlich, Umfang 52 Seiten
Einzelheft DM 6,- (plus Porto), Jahresabo DM 24,-
(incl. Porto), Förderabonnement DM 50,-

philippinenbüro

Postfach 250408, 50520 Köln

Tel.: 0221-324506 Fax: 0221-326846